

JOACHIM KUROPKA

Vom Antisemitismus zum Holocaust

*Zu Vorgeschichte und Folgen des 9. November 1938
unter Berücksichtigung der Stadt Münster*

Ein ‚Historikerstreit‘, wie er in den letzten Jahren abließ, ist keine Spezialität unserer Tage. Der Streit der bekanntesten Historiker Deutschlands vor gut 100 Jahren, der damals die Öffentlichkeit stark bewegte, ist als „Antisemitismusstreit“ in die Geschichte eingegangen. Beteiligt war vor allem Heinrich von Treitschke, Geschichtsprofessor und Publizist und als ein ‚Herold der deutschen Einheit‘ unter preußischer Führung ein weit bekannter Mann, dessen „Deutsche Geschichte“ die Vorstellungen des Bürgertums über lange Zeit geprägt hat. Zu Wort meldeten sich u. a. Heinrich Graetz, Professor in Breslau und Verfasser einer „Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart“, Hermann Cohen, Philosophieprofessor in Marburg, Harry Breßlau, ein bedeutender Mittelalter-Historiker in Berlin, Moritz Lazarus, Philosoph an der Universität Berlin, sowie Theodor Mommsen, von Ausbildung her Jurist, seit 1858 Professor für Alte Geschichte in Berlin. Von diesen waren Graetz, Cohen, Breßlau und Lazarus selbst jüdischen Bekenntnisses bzw. jüdischer Herkunft.

Die überaus heftige Diskussion hatte ein Artikel Treitschkes in den Preußischen Jahrbüchern vom November 1879 ausgelöst, in dem er gegen die Einwanderung polnischer Juden nach Deutschland polemisierte, von der „schweren Mitschuld“ der Juden „an jenem schnöden Materialismus unserer Tage“ sprach und die Juden als eine Minderheit unter dem christlichen deutschen Volk bezeichnete. Es sei ein Gewinn, daß „ein Übel, das jeder fühlte und niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird“, „heute (ertönt) es wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!“ Dies sagte Treitschke übrigens mit dem guten Gewissen dessen, der sich keineswegs für einen Antisemiten hielt.¹

Am deutlichsten widersprach Theodor Mommsen, der von Treitschke dann in bester Historiker-Streit-Manier² mit dem Diktum aus seiner Römischen Ge-

1 Heinrich *von Treitschke*: Unsere Aussichten. In: Preußische Jahrbücher 44, 1879, S. 559. Die wichtigsten Schriften des Streits sind gesammelt in Walter *Boeblich* (Hrsg.): Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt a.M. 1965.

2 Vgl. Imanuel *Geiss*: Habermas als Historiker: „Zitatenkontrolle“ und „Habermas-Verfahren“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 39, 1988, S. 457-457.

schichte von den Juden als einem „Element der nationalen Dekomposition“ zitiert wurde.³

Mommsen fragte offen nach dem, was Treitschke eigentlich bezweckt habe und gab selbst die Antwort: „Jeder Jude deutscher Nationalität hat den Artikel in dem Sinne aufgefaßt und auffassen müssen, daß er sie als Mitbürger zweiter Klasse betrachtet, gleichsam als eine allenfalls besserungsfähige Strafcompagnie. Das heißt den Bürgerkrieg predigen.“⁴

Man hätte den Konflikt als akademische Kontroverse von Gelehrten und solchen, die sich dafür halten, auf sich beruhen lassen können, wenn nicht die sogenannte Judenfrage in den 1880er Jahren wieder virulent geworden wäre mit Treitschkes Worten: „Der Instinkt der Massen hat . . . eine schwere Gefahr . . . des neuen deutschen Lebens richtig erkannt; es ist keine leere Redensart, wenn man heute von einer deutschen Judenfrage spricht.“⁵

Als Adolf Stoecker, vierter Hofprediger am kaiserlichen Hofe, ein rhetorisch-demagogisch außerordentlich begabter Mann, mit seinem Versuch Schiffbruch erlitt, eine Arbeiterpartei auf christlich-nationaler Grundlage zu schaffen, fand er in kleinbürgerlichen Kreisen mit kritischen bis feindlichen Parolen gegen die Juden einigen Anklang und entfachte die sogenannte ‚Berliner Bewegung‘. Vor allem die Berliner Öffentlichkeit diskutierte die sogenannte Judenfrage, und es kam zu antisemitischen Krawallen.

Der Antisemitismus erhielt auch dadurch so viel Rückenwind, daß eine Petition an den Reichskanzler von Bismarck, in der eine partielle Entrechtung der Juden gefordert wurde, nicht weniger als 225 000 Unterschriften fand. Auf Interpellation der Fortschrittspartei kam es im November 1880 im Preußischen Abgeordnetenhaus zu einer Debatte über diese Petition. Zwar erklärte die Regierung – und alle Redner unterstützten dies –, daß an der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse festgehalten werde, doch wurden dann alle bekannten Vorurteile gegen die Juden vorgebracht, und allein die Fortschrittler wandten sich eindeutig gegen die antijüdischen Umtriebe, mußten sich aber vom Zentrum vorhalten lassen, daß sie im Kulturkampf „gerade das Gegenteil von alledem getan haben“, wozu sie heute aufforderten, so daß sie „dasjenige, was sie

3 Theodor Mommsen: Römische Geschichte Bd. 3, Berlin 1861, S. 534; vgl. auch Theodor Mommsen: Auch ein Wort über unser Judenthum, Berlin 1980, S. 9. Treitschke schrieb: „Ich theile nicht die pessimistische Ansicht meines Kollegen Mommsen, daß überall in der Welt ‚das Judenthum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition‘ bilde.“ Demgegenüber hieß es bei Mommsen: „ . . . Der Jude war eben darum wie geschaffen für einen Staat, welcher auf den Trümmern von hundert Lebendigen politien erbaut und mit einer gewissermaßen abstrakten und von vornherein verschliffenen Nationalität ausgestattet werden sollte. Auch in der alten Welt war das Judenthum ein wirksames Verment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem caesarischen Staate, dessen politie doch eigentlich nichts als Weltbürgerthum, dessen Volksthümlichkeit eigentlich nichts als Humanität war.“

4 Mommsen, zit. nach Boehlich, S. 220.

5 Treitschke, zit. nach Boehlich, S. 7.

mit Recht für die jüdischen Mitbürger in Anspruch nehmen, auch den katholischen schuldig sind“.⁶ Der in Münster erscheinende Westfälische Merkur berichtete nicht weniger als fünfmal über die Debatte des Abgeordnetenhauses und zwar nicht gerade sehr judenfreundlich.

Münster hatte aber mehr mit der Judenproblematik zu tun, als daß die parlamentarischen Verhandlungen in den einheimischen Blättern ihren Niederschlag fanden. Das wurde im Rahmen der Etatdebatte im Januar 1893 deutlich, in der es plötzlich wieder um die sogenannte „Judenfrage“ ging. Ausführlich zitierte der nationalliberale Abgeordnete Hobrecht aus einem Flugblatt mit dem Titel „Talmudauszug“ ganz fürchterliche Gebote für die Juden, die angeblich noch gültig seien, und die, wie ein anderer Redner es nannte, „die Juden geradezu für Verbrecher von Religions wegen erklärt(en)“⁷.

Die Grundlage des zitierten Pamphlets bildete die Schrift eines münsterschen Professors, der „Talmud-Jude“ von Professor Dr. August Rohling. In der gleichen Debatte schilderte der Abgeordnete Cremer, daß er selbst Rohling in Münster motiviert habe, diese Broschüre zu schreiben, als sich 1871 „die Judenpresse“ „vorlaut“ um das Unfehlbarkeitsdogma gekümmert habe. Als Cremer, damals Redakteur des Westfälischen Merkur,⁸ dazu bemerkt hatte, die Juden sollten sich besser um den Talmud kümmern, sei er vom münsterschen Rabbiner gefragt worden, ob er überhaupt wisse, was im Talmud stehe. Und das eben sei der Grund gewesen, daß Rohling den Inhalt des Talmud dargestellt habe. Dr. Christoph Cremer ist in diesem Zusammenhang eine nicht uninteressante Persönlichkeit, war er doch 1870 bis 1875 Chefredakteur des Westfälischen Merkur in Münster gewesen, dann Chefredakteur der Germania in Berlin geworden, seit 1875 Mitglied der Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhaus und 1880 aus dem Zentrum ausgeschlossen worden, wegen seiner Beteiligung an Stoeckers Berliner Bewegung. Er war dann bis 1893 für die Konservative Partei im Wahlkreis Potsdam 9 gewählt worden.

August Rohling (1839-1931) stammte aus Neuenkirchen bei Rheine, war katholischer Priester, habilitierte sich 1865 in Münster für Altes und Neues Testament, war Vikar an St. Martini und Repetent am Priesterseminar und 1870 außerordentlicher Professor an der Akademie in Münster geworden, aber 1874 wegen unerlaubter Abwesenheit – er war ohne weitere Ankündigung in Amerika tätig – entlassen worden. 1871 erschien sein „Talmud-Jude“, wohl wegen finanzieller Nöte verfaßt; das Buch hatte ein ungeheures Echo. Auf Intervention

6 So der Abgeordnete Windthorst am 20. 11. 1880. Stenographische Berichte über die Verhandlungen. Haus der Abgeordneten, 14. Legislaturperiode, III. Session, 1. Bd., Berlin 1881, S. 248, 249.

7 Stenographische Berichte. Haus der Abgeordneten, 17. Legislaturperiode, V. Session, 1. Bd., Berlin 1893, S. 604-606.

8 Joseph *Massenkeil*: Der Westfälische Merkur. Ein Beitrag zur Geschichte des Westfälischen Zeitungswesens, Münster 1914, S. 104.

österreichischer Antisemiten wurde Rohling 1876 Professor an der Universität Prag. 1884 mußte er allerdings in den Ruhestand treten, als sich im Verlauf eines Prozesses herausgestellt hatte, daß Rohling sozusagen keine Zeile hebräisch richtig lesen konnte.⁹ Rohlings Schriften fanden in mehreren Auflagen zigtausendfache Verbreitung – auch durch das katholische Vereinswesen –, und trotz aller Widerlegungen auch von katholischer Seite¹⁰ war dies Wasser auf die Mühlen der Antisemiten.

In den Debatten im Abgeordnetenhaus war bei aller Übereinstimmung in der Wahrung der Verfassungsbestimmungen doch alles das zur Sprache gekommen, was man den Juden vorwarf: sie seien Wucherer, stellten eine internationale Finanz-, Handels- und Industriemacht dar, bedienten sich bedenklich-verwerflicher Mittel, um Einfluß zu bekommen, sie müßten sich die Emanzipation erst noch verdienen und mehr Takt und Mäßigung zeigen. In Berlin und anderen Großstädten gäbe es durch die Presse einen fortschrittlich-jüdischen Terrorismus, letztlich seien sie eine andere Rasse. Der Hofprediger Stoecker tat sich dabei besonders hervor, als er in der Debatte von 1893 u. a. erklärte, das Judentum führe „im Ganzen und Großen... eine parasitäre Existenz... , die nicht auf der eigenen Arbeit beruht, sondern darauf gerichtet (ist), die Völker materiell und geistig auszubeuten“; zwischen einer deutschen und einer jüdischen Seele bestehe ein großer Unterschied, und man sei „in Gefahr zu verjuden“. Das alles sagte er übrigens im vollen Bewußtsein, daß er sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Christentums befinde.

Der oben zitierte Abgeordnete Cremer machte dann die konkreten Vorschläge, die der Westfälische Merkur bei Stoecker vermißte.¹¹ Recht und Verfassung müßten den jeweiligen Zeitbedürfnissen entsprechen, und wenn es dem Zeitbedürfnis entsprechen sollte, „daß hinsichtlich der Rettung des deutschen und christlichen Volkes mit der Emanzipation der Juden nicht mehr auszukommen wäre“, so sei gegen eine Änderung nichts einzuwenden. Leider konnte auch er dabei auf das Verhalten der so judenfreundlichen Fortschrittspartei hinweisen, die bei einem ähnlichen Vorgehen gegen die Katholiken im Kulturkampf eben Recht und Verfassung ohne weiteres preisgegeben hatte.

So wurden in den Debatten praktisch alle Phänomene des Antisemitismus angesprochen, die uns aus der nationalsozialistischen Zeit bekannt sind. Liest man

9 Isak A. *Hellwing*: Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, Wien 1972, S. 71ff.; zu Rohling vgl. auch Eduard *Hegel*: Geschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster 1773-1964, 1. Teil, Münster 1966, S. 238f. mit einer recht beschönigenden Darstellung; Rohling sah auch in seinen theologischen Schriften im Antisemitismus ein Werkzeug Gottes zur Heimführung der Juden nach Palästina, vgl. August *Rohling*: Auf nach Zion! oder Die große Hoffnung Israels und aller Menschen, Kempten 1901, S. 1, 5; Werkverzeichnis Rohlings im 2. Teil, Münster 1971, S. 120/121.

10 Vgl. z. B. Friedrich *Frank*: Die Kirche und die Juden, Regensburg ³1893.

11 Westfälischer Merkur vom 30. 1. 1893 „Vom Tage“.

Stoeckers Beiträge und seine von anderen Abgeordneten zitierten Reden nach, könnte man leicht meinen, die Nationalsozialisten seien lediglich die radikalen Exekutoren all dessen, was Ende des 19. Jahrhunderts bereits angeklungen oder impliziert gefordert worden war, etwa in dem Sinne, Stoeckers Wort von den Parasiten lege deren Vernichtung nahe. Natürlich ist eine solche Interpretation aus der Sicht derjenigen, die die weitere Geschichte kennen, methodisch unerlaubt und führt zu falschen Schlußfolgerungen. So wurden z. B. ähnliche Worte von Zentrumspolitikern angeprangert, wenn die Fortschrittspresse von der „Ausräucherung“ gegenüber Ordensleuten sprach.¹² Festzuhalten bleibt aber doch, daß das begriffliche Instrumentarium des modernen Antisemitismus bereits voll entwickelt war und gleichzeitig „etwas Antisemitismus“ „überall“ zu finden war, wie die Abgeordneten Hobrecht und Cremer feststellten.¹³ Die Gefahren wurden bereits deutlich gesehen. Der Weg des Antisemitismus führe für beide Teile ins Verderben, für die Verfolgten und Verfolger, prophezeite Hobrecht.

Antisemitische Haltungen waren wenige Jahrzehnte nach der Emanzipation weit verbreitet und durch die „Judendebatte“ bzw. „Semitenschlacht“, wie es in den Zeitungen hieß,¹⁴ stark ins öffentliche Bewußtsein gekommen und politisch wirksam geworden. Auf dem Höhepunkt kurz vor der Jahrhundertwende stellten die Antisemiten in der Reichstagswahl von 1893 mit 284 000 Wählerstimmen 16 Reichstagsabgeordnete.¹⁵

Die zeitgenössischen Erklärungen der Ursachen des Antisemitismus blieben jedoch merkwürdig unbestimmt. In einem „internationalen Interview“, das der Publizist Hermann Bahr 1893 in der Deutschen Zeitung veröffentlichte, wird dies besonders deutlich. Bahr hatte 41 in- und ausländische Persönlichkeiten über ihre Meinung zum Antisemitismus befragt. Als „eine Art Sozialismus der Junker“ wurde da der Antisemitismus von Theodor Barth erklärt;¹⁶ „das hängt also alles mit den ökonomischen Zuständen mehr oder weniger zusammen“, meinte August Bebel, denn „alle schlimmen Wirkungen des Kapitalismus (erscheinen) den Leuten immer in der Gestalt der Juden“.¹⁷ Natürlich erklärte Ernst Haeckel das Problem zur „Rassenfrage“, und verbreitet war die sozialpathologische Erklärung. Der Italiener Enrico Ferri sah den „Wahnsinn vieler Individuen zu Zeiten politischer Aufregungen eine politische Form“ annehmen,¹⁸ und Maximilian

12 Debatte am 22. 11. 1880, S. 259.

13 Debatte 1893, Hobrecht S. 605, Cremer S. 625.

14 Westfälischer Merkur vom 25. 11. 1880.

15 Hermann Greive: Die Juden. Grundzüge ihrer Geschichte im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa, Darmstadt 1980, S. 166.

16 Hermann Bahr: Der Antisemitismus. Ein internationales Interview. Hrsg. u. m. e. Anhang versehen v. Hermann Greive, Königstein 1979, S. 20.

17 Bahr, S. 24/25.

18 Bahr, S. 123.

Harden glaubte an eine Kombination von Krankheit und Kapitalismus, dem die Juden als Schild dienten, der die Speere auf sich zog.¹⁹ Theodor Mommsen antwortete fast schon resignativ: alle Argumente gegen den Antisemitismus seien nutzlos. „Die hören nur auf den eigenen Haß und den eigenen Neid, auf die schädlichen Instinkte... gegen den Pöbel giebt es keinen Schutz – ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist... Canaille bleibt Canaille und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Canaille. Er ist wie eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera – man kann ihn weder erklären noch heilen. Man muß geduldig warten, bis sich das Gift von selber austobt und seine Kraft verliert und das kann doch jetzt nicht mehr so fern sein.“²⁰

Tatsächlich schien es so, als würde der Antisemitismus nach der Jahrhundertwende abebben. Der Wandlungsdruck zur Industriegesellschaft ließ mit deren stärkerer Ausformung nach, und die sogenannte Judenfrage blieb ein Randphänomen im kaiserlichen Deutschland, das seine Parallelen in anderen europäischen Staaten hatte.²¹

Der in Münster 1887 gegründete „Deutsche Reformverein“ bestand denn auch nur bis um 1900, und die antisemitische Tradition wurde nur von zwei Vereinen weitergepflegt, die nur „arische“ Mitglieder zuließen. Doch war es in dieser Phase zu einem einschneidenden Wandel des Antisemitismus gekommen. Zwar gab es noch eine Judenfeindschaft ‚alter Art‘, die also eher religiös und ökonomisch motiviert war und die in den Antisemitenparteien politisch wirksam geworden war, doch war in diesen Jahren ein neuer, moderner Antisemitismus entstanden, der auf der Rassenideologie fußte, radikale Forderungen erhob und sich aggressiv gab. Damit hatte der Antisemitismus eine neue Qualität erhalten, er stützte sich auf eine ‚moderne‘ Theorie, die Rassenlehre, die in der Öffentlichkeit ziemlich Aufmerksamkeit fand, und er profitierte von den Degenerationstheorien, die in den Naturwissenschaften im Schwange waren. Man konnte die Juden nun leicht zu den „rassischen Giften“²² schlagen und damit den Weg zur Assimilation faktisch verschütten, denn die angeblich biologisch bedingten Wesensunterschiede wurden damit als unüberbrückbar erklärt.

Selbst in Münster, wo die Antisemitenparteien praktisch keine Rolle spielten, findet sich ein Reflex dieser Vorgänge in einer vom deutschen Reformverein verbreiteten Karikatur, in der katholische Politiker, Geistliche und Bischöfe unter den Parolen „Die Juden sind unsere Brüder“ und „Gott schütze Polen und Juden“ mit Juden versammelt sind, obwohl das Zentrum sich in den geschilderten

19 *Bahr*, S. 37.

20 *Bahr*, S. 27.

21 Vgl. Hans-Günter *Zmarzlik*: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich 1871-1918. In: Bernd *Martin*/Ernst *Schulin*: Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München ³1985, S. 267f.

22 Stephen G. *Brush*: Die Temperatur der Geschichte. Wissenschaftliche und kulturelle Phasen im 19. Jahrhundert, dt. Braunschweig/Wiesbaden 1987, S. 122f.

Debatten zum größten Teil nicht als allzu judenfreundlich gegeben hatte.²³

Theodor Mommsens Hoffnung auf ein allmähliches Austoben des Giftes erwies sich indes als trügerisch. In der spannungsgeladenen Zeit des Ersten Weltkrieges kam es mit der ‚Judenzählung‘ zu einer neuen Diskriminierungswelle, und nach dem verlorenen Weltkrieg war eine Verstärkung der antisemitischen Strömungen zu beobachten, wie übrigens auch nach dem Krimkrieg in Rußland, nach den Niederlagen von 1859 und 1866 in Österreich und nach der Niederlage von 1871 in Frankreich. Insofern ist es nicht zufällig, daß Hitler in einem Brief vom 16. September 1919 – das war sein überhaupt erstes politisches Schriftstück – schrieb, „letztes Ziel“ des Antisemitismus müsse „unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein“.²⁴

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg entstand eine Vielzahl völkisch-antisemitischer Vereine, von denen einer die NSDAP war. In diesen Gruppierungen spielte Rohlings „Talmudjude“, der noch 1926 in einer Neuauflage erschien, ebenso eine Rolle, wie der ‚Judenspiegel‘ Jakob Eckers, der für ein – übrigens unzutreffendes – Gutachten in dieser Frage den Professorentitel an der Akademie in Münster erhalten hatte.²⁵

Der Höhepunkt der völkischen Bewegung lag 1924, als der Völkisch-Soziale Block, ein Zusammenschluß verschiedener völkischer Parteien, bei der Reichstagswahl am 4. Mai in Münster 2627 Stimmen erhielt und mit 5,5 % relativ nahe beim Reichsdurchschnitt von 6,5 % lag. Doch dürften die Wähler nicht durchweg „völkisch“ motiviert gewesen sein, denn bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl zur Stadtverordnetenversammlung kamen die Völkischen nur auf 1279 Stimmen und damit 2,8 %.²⁶

Nach der Neugründung von 1925 fand die NSDAP in Münster relativ wenig Zustimmung, und selbst, als sie nach der Reichstagswahl von 1930 unerwartet die zweitstärkste Fraktion stellte, weil sie 18,3 % der Stimmen erhalten hatte, war es in Münster mit 9,6 % nur gut die Hälfte des Reichsdurchschnitts. Um Zustim-

23 15 Jahre NSDAP Münster, Kreistreffen 15. bis 17. Oktober 1937, S. 6, 8; Stadtarchiv Münster.

24 Brief an Adolf Gemlich. In: Eberhard *Jäckel*/Axel *Kuhn* (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 89/90.

25 Ein Helfer Rohlings war Aron Israel Briman, der später unter dem Pseudonym Dr. Justus bekannt wurde; er trat als Jude zunächst zum Protestantismus über, dann zum Katholizismus und verfaßte mehrere Schmähschriften gegen die Juden, so u. a. den 1883 in Paderborn herausgekommenen „Judenspiegel“. In einem Prozeß wegen Schmähung einer anerkannten Religionsgemeinschaft trat als Gutachter Dr. Jakob Ecker, Privatdozent an der Akademie in Münster auf, dem Briman alias Justus bei der Abfassung des Gutachtens über den Judenspiegel des Dr. Justus behilflich war. *Ecker* gab 1884 in Paderborn dieses „Gutachten“ unter dem Titel „Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit. Eine wissenschaftliche Untersuchung“ heraus; dafür wurde ihm der Professorentitel verliehen. Vgl. *Helwing*, S. 138f.

26 Vgl. Joachim *Kuropka*: Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzhauptstadt Münster 1929-1934. In: Westfälische Zeitschrift 134, 1984, S. 159f.

mung der Wähler wurde allerdings von den Nationalsozialisten nicht in erster Linie mit antisemitischen Parolen geworben, diese waren eher für die Binnenintegration der Partei von Bedeutung. Veranstaltungen, bei denen der Saal durch einen dicken weißen Strich in zwei Hälften getrennt war, um die Teilnehmer nach „Deutschen einerseits und Juden und Judengenossen andererseits“ trennen zu können,²⁷ gehörten einer wenig erfolgreichen Vergangenheit an. Einige antisemitische Töne gab es, als die NSDAP 1929 gegen die Leitung der Dresdner Bank einen Skandal zu inszenieren suchte. Obwohl keiner der Direktoren jüdischen Bekenntnisses war, hatte einer der NS-Redner u. a. gerufen: „Jüdische Rasse, deine Stunde kommt.“²⁸ In den großen Veranstaltungen der NSDAP in Münster spielte der Antisemitismus nur eine geringe Rolle. Zwar waren in den Versammlungsräumen auch Transparente aufgehängt mit der Aufschrift „Die Juden sind unser Unglück“, aber die Juden waren kaum ein Thema der Veranstaltungen selbst. Nur ausnahmsweise trugen die Versammlungsplakate der NSDAP 1929 und 1930 die Aufschrift „Juden haben keinen Zutritt“, 1932 ist sie sogar auf dem Einladungsvordruck durchgestrichen.²⁹ Mit antisemitischen Parolen waren also die Wähler zumindest in den katholischen Regionen nicht zu gewinnen, aber es gab doch eine starke antisemitische Unterströmung in Deutschland. Ein jüdischer Reichsminister beispielsweise war zu dieser Zeit politisch nicht mehr durchsetzbar, so daß der aus Münster stammende Reichskanzler Brüning seinen Plan, Dr. Paul Silverberg, den Vorsitzenden des Rheinischen Braunkohlesyndikats zum Wirtschaftsminister zu ernennen, nicht verwirklichen konnte.³⁰

1933 wohnten in Münster etwa 700 Juden, die zum großen Teil vom Getreide- und Viehhandel lebten, einige hatten Ladengeschäfte, 28 waren Handwerker, sechs Beamte, zwei Ingenieure, drei Universitätsdozenten, fünf Anwälte, drei Ärzte, zwei Zahnärzte und fünf Kulturbeamte und Lehrer,³¹ von denen insbesondere die Geschäftsinhaber und Rechtsanwälte unter dem Boykott vom 1. April 1933 erstmals zu leiden hatten. Nachdem es schon am 8. März 1933, also wenige Tage nach der Reichstagswahl, zum Boykott einiger Geschäfte gekommen war,³² waren die münsterschen Nationalsozialisten am 29. März wieder aktiv, bis nach dem Boykottplan der Partei am Samstag, dem 1. April 1933, der Boykott

27 15 Jahre, S. 8.

28 Volkswille vom 12. 9., 15. 9., 18. 9., 26. 9. 1929.

29 15 Jahre, S. 26; vgl. die Polizeiberichte im Stadtarchiv Münster, Polizeiregistratur Nr. 96, I. Die Plakate betrafen Veranstaltungen mit Fritz Sauckel am 26. 1. 1929 und Gottfried Feder am 21. 3. 1930; durchgestrichen ist der Vermerk auf einem handschriftlich ausgefüllten Plakatvordruck für eine Versammlung in Gremmendorf mit Pg. Franke am 6. 4. 1932, Stadtarchiv Münster, Plakatsammlung II/24, II/30, II/43.

30 Heinrich *Brüning*: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 370.

31 Diethard *Aschhoff*: Die Juden in Münster. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster 5), Münster 1981, S. 9.

32 Münstersche Zeitung vom 10. oder 11. 3. 1933.

„schlagartig“ einsetzen sollte.³³ Während die münstersche Presse betonte, daß die Aktion überall „sehr ruhig und diszipliniert eingeleitet und durchgeführt“ wurde,³⁴ war in der Frankfurter Zeitung zu lesen, die Aktion sei am 29. März, also vor dem offiziellen Beginn, „von der SA und SS mit großer Energie aufgenommen worden“, und die Distanzierung von den jüdischen Mitbürgern ging mit den Boykottaktionen einher: Ein Geschäft hängte ein Plakat aus, es sei weder ein jüdisches Unternehmen, noch sei jüdisches Kapital beteiligt, und die Zeitungen wurden veranlaßt, keine Anzeigen jüdischer Geschäfte mehr aufzunehmen.³⁵

Selbst an dem im Vergleich zu anderen Städten relativ gemäßigt abgelaufenen Vorgängen in Münster läßt sich das Muster der Ausgrenzung der Juden verfolgen: Die Spitze, hier also Hitler selbst, ordnete den Boykott an, Goebbels bereitete propagandistisch vor, die SA und die lokalen Größen erprobten die neugewonnene Macht gegen die verbal schon lange bekämpfte Minderheit, die Ministerialbürokratie versuchte die Ausschreitungen in rechtliche Bahnen zu kanalisieren und entrechtete die Juden damit Schritt für Schritt, und das alles sah die Bevölkerung zunächst als eine Form der aus der Weimarer Zeit bekannten Krawalle der SA an. Die Reaktionen reichten vom Wegsehen bis zu Äußerungen von Abscheu im privaten Kreise, was nicht immer vertraulich blieb und zum Beispiel dem bekannten Freiballführer Eimermacher die Aufnahme in den Deutschen Luftsportverband erschwerte, weil er „gelegentlich des Boykotts jüdischer Geschäfte seine Sympathie zu Juden zum Ausdruck gebracht haben“ soll.³⁶ Selbst in den Unterricht der Schulen wurde die „Judenfrage“ getragen. Der münstersche Stadtschulrat schrieb im Herbst 1933 allen Volksschulen Themen aus der Rassenkunde vor. Im Religionsunterricht sollte u. a. die „demoralisierende Macht bei den Gastvölkern“ thematisiert werden, im Deutschunterricht eine „Klarlegung des jüdischen Geistes“ erfolgen und die „Versauung unserer Literatur“ behandelt werden, im Rechenunterricht „Von der unseligen Macht der Banken und Börsen“ die Rede sein usw. Der Stadtschulrat traf mit seinen Plänen auf Widerspruch beim gerade ins Amt gekommenen Bischof Clemens August von Galen, der auf „die heilsgeschichtlichen Aufgaben des israelitischen Volkes . . . und die Pflichten der Nächstenliebe gegenüber allen Menschen“ hinwies und seine Rechte hinsichtlich des Unterrichtsstoffes im Religionsunterricht reklamierte.³⁷

33 Münstersche Zeitung vom 30. oder 31. 3. 1933.

34 Münstersche Zeitung vom 30. 3. 1933.

35 Frankfurter Zeitung vom 30. 3. 1933, zit. nach: Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente, hrsg. vom Comité des Delegations Juives, Paris 1934, Neudruck Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1983, S. 299/300.

36 Deutscher Luftsport-Verband, Berlin, an den Oberbürgermeister von Münster vom 21. 8. 1934, Stadtarchiv Münster, ZB 135, Bd. IV.

37 Stadtschulrat an sämtliche Volksschulen vom 24. 10. 1933; Bischof von Münster an Stadtschulrat vom 6. 11. 1933 und an Oberbürgermeister vom 15. 11. 1933, Bistumsarchiv Münster, Neues Archiv A 0-7.

In den vertraulichen Berichten von Parteidienststellen und Gestapo lassen sich auch in Münster die beiden Gruppen, also die alte radikal antisemitische Parteigruppe und die mit Unverständnis reagierende Bevölkerung unterscheiden. So schrieb die Gestapo im Mai 1935:

„Während die katholische Bevölkerung kein rechtes Verständnis dafür hat, daß in letzter Zeit die Judenfrage wieder so stark in den Vordergrund gestellt wird und aus ihrer religiösen Einstellung heraus auch die Art des Kampfes gegen die Juden nicht billigt, ist in weiten Kreisen der Bewegung insbesondere auch der SA, die Ansicht vorherrschend, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Judenfrage restlos zu lösen. Man will – wie man sich ausdrückt – das Judenproblem von unten her aufrollen und in Angriff nehmen und glaubt, daß die Regierung dann folgen muß.“³⁸

Von diesen Gruppen der Partei wurde die antisemitische Propaganda aggressiv betrieben. Es wurden Stürmerkästen aufgehängt, man schlug bei jüdischen Geschäften Scheiben ein und warf auf jüdischen Friedhöfen die Grabsteine um – so z. B. in Dülmen Anfang Mai 1935 und in Münster im Jahre 1936 –, und man regte sich immer wieder darüber auf, daß die Bevölkerung weiterhin in jüdischen Geschäften kaufte. So schrieb der Organisationsleiter der Ortsgruppe Münster-Rathaus in seinem Dezemberbericht von 1935:

„Jetzt in der Weihnachtszeit scheint von vielen Volksgenossen vergessen zu sein, daß es noch jüdische Geschäfte gibt. Wer das Hereinströmen z. B. in das Kaufhaus Hertz in den letzten Tagen gesehen hat, dem steigt die Zornesröte ins Gesicht. Es hat den Anschein, als ob unsere ganze Propaganda in der Judenfrage nicht gehört worden ist. Hier muß m. E. wieder mit aller Schärfe zum Angriff übergegangen werden. Man soll die Volksgenossen, die diese Geschäfte trotz aller Aufklärung und Propaganda immer wieder besuchen, ruhig an den Pranger stellen“³⁹,

und dies geschah dann auch. Der NSDAP-Stützpunkt Münster-Mecklenburg berichtete über März 1937:

„Ein Volksgenosse, der mit Juden in Verbindung stand, wurde auf sein schändliches Treiben hingewiesen und durch einige Stürmer-Nummern aufgeklärt.“⁴⁰

Die ‚Aufklärung‘ war natürlich erfolgreich.⁴¹ Als besonders anstößig wurde

38 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Mai 1935, Staatsarchiv Münster (im weiteren StAMS), Politische Polizei III. Reich, Nr. 434.

39 Tätigkeits- und Stimmungsbericht des Organisationsleiters der NSDAP-Ortsgruppe Münster-Rathaus für Dezember 1936, Bistumsarchiv Münster, Fremde Provenienzen A 2.

40 Tätigkeits- und Stimmungsbericht des NSDAP-Stützpunktes Münster-Mecklenburg für März 1937, ebd.

41 Wie Anm. 40, Bericht für April 1937.

empfundene, daß auch Soldaten, Beamte und sogar Parteigenossen mit Abzeichen bei Juden kauften.⁴²

Gleichzeitig sah sich der Gauleiter Ende 1935 in diesen Fragen zu einem Kompromiß genötigt. Bei der Übernahme der Mehrheitsanteile des Münsterschen Anzeigers erklärten die Verleger Hüffer, daß sie „in der Judenfrage eine Hetze . . . nicht mitmachen“ könnten, was Gauleiter Meyer konzedierte, denn „die Judenfrage sei gesetzlich geregelt; Blätter wie der ‚Stürmer‘ seien nicht im Sinne des Führers“.⁴³

Im Juli 1938 fanden sich insgesamt 98 „artvergessene Frauen und Männer“ mit Namen, Adresse und Arbeitgeber in einem „Brief aus Münster“ im „Stürmer“ an den Pranger gestellt, weil sie Patienten zweier jüdischer Ärzte waren.⁴⁴ Die möglichen unangenehmen Folgen mag ein einzelner Vorfall beleuchten: Ein SA-Mann wurde nach einigen Einkäufen von einer fremden Person darauf aufmerksam gemacht, daß er in einem jüdischen Geschäft gewesen sei. „Mir ist es höchst peinlich, daß ich unglücklicherweise in ein Judengeschäft geraten bin“, gab er bei seinem SA-Sturm zu Protokoll und entschuldigte sich damit, daß er neu zugezogen sei. Der Obertruppführer bat den Sturmbann, eine eventuell einlaufende Beschwerde „sofort zu unterdrücken“, denn der Betreffende sei „einwandfreier SA-Mann“, der aus Ortskenntnis „in dieses Judengeschäft hineingedöst“ sei. Er „wurde verwart und eingehend belehrt“.⁴⁵

Unter solchen Erfahrungen verwundert einigermaßen das Verhalten der immer stärker bedrängten Juden. Man glaubte, daß die Maßnahmen der Partei „ihre Grenzen in der Außenpolitik“ fänden.⁴⁶ Es wurde für die Auswanderung nach Palästina geworben,⁴⁷ aber andererseits kamen sogar Emigranten wie z. B. der Kaufmann Julius Auerbach auch wieder nach Münster zurück.⁴⁸

Von den Betroffenen wurde die tatsächliche Lage nicht erkannt. Man versuchte sich mit dem nationalsozialistischen Regime zu arrangieren, und selbst im Ausland glaubte man an die Sündenbock-Theorie, zumindest bis zum 9. November

42 Tätigkeits- und Stimmungsbericht der NSDAP-Ortsgruppe Münster-Niedersachsen für März 1937; Bericht der NSDAP-Kreisleitung Münster-Stadt für März 1937; Stimmungsbericht der NSDAP-Ortsgruppe Münster-Gutenberg für Dezember 1937, Bistumsarchiv Münster, Fremde Provenienzen A 2.

43 Abschrift einer Verhandlungsniederschrift im Bistumsarchiv Münster, A 101-34.

44 Der Stürmer, Juli 1938 „Brief aus Münster“.

45 SA-Sturm Dwertge an Sturmbann Cloppenburg vom 22. 5. 1935, reproduziert bei Werner Teuber: Als gute Unterthanen und Bürger . . . geduldet – verfolgt – vertrieben – ermordet. Jüdisches Schicksal 1350-1945, Vechta, 1988, S. 108.

46 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Februar 1935, StAMS, Politische Polizei III. Reich, Nr. 431.

47 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Juni 1935, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, 90 P, 14, 6.

48 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Oktober 1934, ebd.

1938. Der Schweizer Gesandte in Berlin ließ seiner Regierung im Jahre 1934 Berichte zukommen, in denen es hieß, „daß wir bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage mit einer außerordentlich verschärften Agitation gegen die Juden zu rechnen haben“.⁴⁹ Die insbesondere durch die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 verschärfte Entrechtung der Juden erschien der internationalen Öffentlichkeit ebenfalls nicht so ungewöhnlich. Das läßt sich gut beobachten in den Reaktionen des Auslandes auf die Behandlung von in Deutschland lebenden Ausländern mit jüdischer Konfession.

Bei einer Umfrage der Schweizer Gesandtschaft unter den ausländischen Vertretungen in Berlin waren Franzosen und Engländer der Ansicht, daß sie aufgrund der Gleichbehandlungsklausel in den Handelsverträgen eine Besserstellung der französischen bzw. britischen Juden in Deutschland gegenüber deutschen „Nichtariern“ nicht verlangen könnten. Für die Vereinigten Staaten war die Situation „deshalb etwas heikel“, weil verschiedene Staaten der Union ähnliche Maßnahmen zur Trennung von Weißen und Schwarzen getroffen hatten und beispielsweise in Kalifornien Ehen zwischen Weißen und Farbigen untersagt waren. Bezeichnenderweise waren es gerade die kleinen Staaten, die die größte Grundsatztreue bewiesen. Die Holländer erklärten, „die niederländische Regierung kenne nur Niederländer und könne nicht auf eine Unterscheidung hinsichtlich der Rasse oder der Religion eintreten“, und die Schweizer sahen gerade wegen der Verschlechterung der Lage der Juden in Deutschland „allen Grund, an dem Anspruch festzuhalten, alle Schweizer ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession oder Sprache mit dem vollwertigen Deutschen gleichbehandelt zu sehen“. Dies blieb dann auch nicht ganz ohne Folgen für die Haltung der Großmächte.⁵⁰

Allerdings handelte es sich bei den Großmächten eben teilweise doch nur um proklamatorische Formeln, die vorgebracht wurden. Das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die deutschen Juden war weitgehend prinzipiell akzeptiert. Ein Vertreter der britischen Botschaft in Berlin erklärte, man könne „rechtlich wohl kaum den Deutschen verwehren . . ., ihre Rasse auf die ihnen gut scheinende Art zu schützen“.⁵¹ Alle Staaten versuchten, die Einwanderung deutscher Juden zu beschränken, und selbst die 1939 von den Amerikanern betonten „fundamentalen Grundsätze der amerikanischen Verfassung“, nach denen „keine unterschiedliche

49 Bericht vom 13. 11. 1934, Schweizerisches Bundesarchiv Bern, Eidgenössisches Politisches Departement, 2001 (C) 4, Nr. 131 (im weiteren SBA Bern, EPD).

50 Schweizer Gesandtschaft an Eidgenössisches Politisches Departement vom 16. 9. 1935, 21. 9. 1935; Vermerk vom 22. 9. 1935, SBA Bern, EPD, 2001 (C) 4, Nr. 132; Schweizerisches Generalkonsulat München an Gesandtschaft in Berlin vom 2. 11. 1935; Schweizerische Gesandtschaft Berlin an Abteilung für Auswärtiges vom 23. 11. 1935, ebd.; auch Schweden blieb prinzipienfest, vgl. Schweizerische Gesandtschaft in Stockholm an Abteilung für Auswärtiges vom 12. 10. 1938, SBA Bern, EPD, 2001 (D) 2, Nr. 100.

51 Schweizerische Gesandtschaft Berlin an Abteilung für Auswärtiges vom 23. 11. 1935, SBA, EPD, 2001 (C) 4

Behandlung amerikanischer Staatsbürger aufgrund ihrer Rasse oder ihres Glaubens“ geduldet werden könne, hielten die Amerikaner doch nicht davon ab, einen „praktischen Weg“ zu suchen, die Benachteiligung amerikanischer Juden von Fall zu Fall zu mildern, was die Schweizer Beobachter zutreffend als „mehr oder weniger gedeckten Rückzug aus dem Gefecht“ interpretierten.⁵²

Im Dezember 1938 berichtete der Gesandte seiner Regierung, „es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland eine vollständige Eliminierung der Juden herbeizuführen beabsichtigt“⁵³. Das war aber nicht allein das Ziel der deutschen Regierung, die in ihrer Auswanderungspolitik gegenüber den Juden Ideen aufgriff, die in Osteuropa entwickelt worden waren. Der sogenannte Madagaskar-Plan, also die Auswanderung aller deutschen Juden und ihre Neuansiedlung auf Madagaskar, der 1939 ventiliert wurde und uns heute so utopisch erscheint – immerhin war Madagaskar französischer Besitz – war Anfang 1937 in Polen von seiten der polnischen Regierung ins Gespräch gebracht worden.⁵⁴ Polens Bevölkerung gehörte zu gut 10 % zum Judentum, was von weiten Kreisen in Polen und von der polnischen Regierung als untragbar empfunden wurde. In den dreißiger Jahren wanderten aus Polen jährlich etwa 100 000 Juden aus, aus Deutschland durchschnittlich nur 23 000. Auf einer internationalen Konferenz über Flüchtlingsfragen im Juli 1938 in Evian wurde die „Judenfrage“ als weltweites Problem eingestuft, und das dann eingesetzte internationale Flüchtlingskomitee akzeptierte in einem Memorandum an die Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen gegen Juden, denen damit ein internationaler Sonderstatus als Gastvolk zugewiesen wurde, was gleichzeitig ihre gesetzliche Diskriminierung sanktioniert.⁵⁵

„Die Situation der Juden in Polen wird von Tag zu Tag schwieriger und gefährlicher. Der Antisemitismus der einflußreichen Schichten geht dahin, bei uns die gleichen Bedingungen wie in Deutschland für die jüdische Bevölkerung zu schaffen“, wurde der französischen Regierung 1937 berichtet,⁵⁶ und tatsächlich lag in diesen Verhältnissen der Anlaß zu den Ausschreitungen vom 9. November 1938. Die polnische Regierung erklärte in Verfolg ihrer politischen Zielsetzungen zur Verminderung der Juden alle länger als fünf Jahre im Ausland lebenden Polen ihrer Staatsangehörigkeit für verlustig. Die deutsche Regierung nahm die Gele-

52 Schweizerische Gesandtschaft Washington an Abteilung für Auswärtiges vom 26. 1. 1939 und vom 23. 11. 1938, SBA Bern, EPD, 2001 (D) 2, Nr. 100.

53 Gesandtschaft Berlin an Bundesrat Motta vom 14. 12. 1938, SBA Bern, EPD, 2300 Berlin, Nr. 39/40.

54 Petit Parisien vom 12. 1. 1937 u. Berichte der französischen Botschaft in Warschau vom 17. 1. 1937f.; Außenministerium an französische Botschaft in Paris vom 30. 12. 1937 unter Bezugnahme auf Schreiben vom 26. 10. 1937 und folgende, Archiv des französischen Außenministeriums, Pologne, Nr. 696.

55 Bernd *Martin*: Judenverfolgung und -vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur. In: Bernd *Martin* / Ernst *Schulin* (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München ²1982, S. 305.

56 Archiv des Außenministeriums Paris, Pologne, Nr. 330.

genheit wahr, etwa 15 000 in Deutschland lebende jüdische Polen, die nun staatenlos geworden waren, nach Polen abzuschieben, wo sie nicht mehr aufgenommen wurden und längere Zeit im Niemandsland dahinvegetieren mußten. Unter ihnen waren die Eltern Herschel Grynszpan, der daraufhin den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris erschöß. Das Attentat wurde benutzt, um die Verfolgung vom 9. November 1938 auszulösen.

Was am 9. November 1938 geschah, mußte in diesem internationalen Kontext als so außergewöhnlich nicht erscheinen. Der insbesondere in Osteuropa grassierende Antisemitismus ermöglichte Hitler, seine letzten Ziele noch einmal zu verbergen, so daß die eigentlichen ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus für die Öffentlichkeit nicht erkennbar wurden. Hitler hatte als erster Antisemit in „Mein Kampf“ die Entrechtung der Juden „durch das Schwert“ gefordert und davon gesprochen, „ein solcher Vorgang ist und bleibt aber ein blutiger“.⁵⁷ Er hatte die Judenfrage zur Weltfrage erklärt und bedauert, daß im Ersten Weltkrieg nicht 12 000 oder 15 000 Juden durch Giftgas beseitigt worden seien.⁵⁸ Die Beseitigung des Judentums – nicht nur in Deutschland – war Hitlers Ziel, das durchaus rational argumentiert wurde, wenn auch von irrationalen Voraussetzungen her. Im „Kampf“ und besonders prägnant in seinem „Zweiten Buch“ von 1928 ist dies beschrieben:⁵⁹ Für Hitler sind die Juden keine Religionsgemeinschaft, sondern ein Volk mit einem Staat ohne Staatsgebiet, weil sie unfähig zur Staatsführung seien. Sie könnten selbst nur als Parasiten leben und das Ziel der Entnationalisierung der Nationen verfolgen, um die geistigen Oberschichten durch eigene Volksangehörige zu ersetzen und zur Herrschaft über die dann führerlose Menschheit aufzusteigen. Wenn dann der „Völkerparasit“⁶⁰ gesiegt habe, sei dies das Ende der Kultur und damit zugleich sein eigenes Ende absehbar, da er nur als Parasit leben könne. Ein Teilziel habe das Judentum in Rußland mit der Bolschewisierung erreicht, was 28 bis 30 Mio. Tote gekostet habe, jetzt ginge es um die anderen Staaten. Das erbittertste Ringen spiele sich in Deutschland ab, wo „als offensive Kampftruppe auf seiten des Judentums der Marxismus, die Demokratie und das sogenannte christliche Zentrum in Erscheinung treten“⁶¹. Es ging Hitler also nicht allein um die Entfernung der Juden aus Deutschland, sondern es ging ihm um die Rettung der Welt.

Der 9. November 1938 ließ erstmals eine Ahnung davon aufkommen, daß die Entfernung der Juden tatsächlich ernst gemeint sein konnte. In der Presse war zu lesen, der Tod vom Raths habe im ganzen Reich „spontane judenfeindliche

57 Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschauung, S. 87; vgl. Mein Kampf, einbändige Ausgabe, S. 738.

58 Jäckel, S. 87, Greive, S. 130/131.

59 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 220f.

60 Hitlers Zweites Buch, S. 221.

61 Hitlers Zweites Buch, S. 223.

Kundgebungen“ ausgelöst, und die „empörte Volksmenge“ habe die Synagogen angezündet und die jüdischen Geschäfte und Wohnungen zerschlagen und demoliert.⁶² Aber jedermann wußte, daß es eine gesteuerte und von der SA und SS durchgeführte Aktion war. Selbst der Presse war dies zu entnehmen, wenn es in den Zeitungen hieß, „das war die Antwort der nationalsozialistischen Bevölkerung“ (Cloppenburgs) auf den Mord an vom Rath.⁶³

Das war in der Tat richtig, denn vornehmlich die alte antisemitische Kerntruppe der NSDAP hatte ihre Ziele erstmals verwirklichen können – oftmals verstärkt durch von auswärts herangeholte SA – und hatte sich dessen auch noch gerühmt,⁶⁴ während viele verlegen wegsahen und höchstens unter guten Freunden ihren Abscheu äußerten. Aber selbst das Barbarische hatte seine Attraktion. Man sah sich die ausgebrannte Synagoge an, Lehrer führten ihre Klassen zu den zerstörten Geschäften und Synagogen „unter Absingen von Haßliedern“, wie ein Beobachter in seinem Tagebuch notierte. Einige stahlen, was ihnen vor die Finger kam, mancher in der Wolle gefärbter Nationalsozialist brüstete sich sogar, „er wäre Antisemit, seinetwegen könnten die Juden alle totgeschlagen werden“. Ein anderer wollte „Blut sehen“ für den getöteten Diplomaten, „seine Kinder hätten an der Zerstörung der Synagoge kräftig teilgenommen“. ⁶⁵ Solche konnten nun das tun, was sie jahrelang in der Öffentlichkeit gebrüllt hatten „Juda verrecke!“, und was eigentlich niemand ernstgenommen hatte.

Als den Juden dann auch noch eine Milliarde Reichsmark als Buße auferlegt wurde und sie für alle Zerstörungen aufkommen mußten, fand dies doch Zustimmung über die Nationalsozialisten hinaus,⁶⁶ denen es damit gelungen war, die alten Neidkomplexe zu mobilisieren und sich auf diese Weise Komplizen zu schaffen. „Und niemand half uns damals“, sagte der vor einigen Jahren in Münster verstorbene Rabbiner Bernhard Brillung bei der Gedenkfeier 1978 in Erinnerung an seine eigenen Erlebnisse in Breslau.⁶⁷ Einer hatte seine Hilfe wenigstens angeboten. Das war Clemens August Graf von Galen, der Bischof von Münster, der zur Frau des geschundenen Rabbiners Dr. Steinthal einen Boten schickte und fragen ließ, ob er etwas für ihren Mann tun könne. Der Rabbiner sah es als göttliche Gnade an, daß ihm so der Glaube an den Menschen erhalten geblieben

62 Z. B. in Münstersche Zeitung vom 10. 11. 1938, reproduziert bei *Aschhoff*: Die Juden in Münster, Dokument Nr. 18.

63 Vergeltung für den jüdischen Mord. In: Münsterländische Tageszeitung vom 11. 11. 1938. Reproduziert bei *Teuber* (wie Anm. 45), S. 119.

64 StAMS, Staatsanwaltschaft Münster 6 Js 176-48; daß SA- und SS-Einheiten oft von auswärts herangeholt wurden, läßt sich durch viele Beispiele belegen, vgl. u. a. den Bericht des münsterschen Rabbiners Dr. Steinthal, der einige ortskundige SA-Leute in Münster zu den Häusern von Juden führen sollte, Stadtarchiv Münster.

65 Tagebuch Beier, Eintragung vom 11. 11. 1938, Stadtarchiv Münster, Nachlaß Beier, Nr. 5.

66 Ebd., Eintragung vom 15. 11. und 17. 11. 1938.

67 Eine Schmach für das ganze deutsche Volk, Westfälische Nachrichten vom 10. 11. 1978.

ist.⁶⁸ Einige wenige Geistliche prangerten die Brandstifter in ihren Predigten an: „Ein Brandstifter ist auch heute ein Brandstifter und ein Straßenräuber ist und bleibt ein Straßenräuber, auch wenn er seine Beute der NSV stiftet“⁶⁹, rief der eine, ein anderer prophezeite, daß die gleichen Steine vielleicht bald in die Kirchen fliegen würden.⁷⁰ Die überwiegende Mehrheit schaute schweigend zu und nur wenige halfen, einige Feuerwehrleute löschten, bis sie daran gehindert wurden.⁷¹ Einige halfen heimlich jüdischen Mitbürgern, mit denen sie bekannt waren, und selbst bei einigen SA-Leuten fand sich noch ein Schimmer von Menschlichkeit.⁷²

Es folgten nun viele Verordnungen, die die Lebensmöglichkeiten der Juden immer weiter einschränkten. Der verschärfte Kurs des Regimes wurde auch für diejenigen stärker spürbar, die nicht mitmachten. Man sah sich z. B. genötigt, den in Stürmerkästen ausgehängten Anklagen, man habe bei Juden gekauft, in Zeitungsanzeigen entgegenzutreten.⁷³ Die Angst der anderen führte zur weiteren Isolierung der Juden.

In einer Reichstagsrede am 30. Januar 1939 deutete Hitler, wenn auch in verklausulierter Form an, was er wirklich anstrebte. Er sagte nämlich: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum . . . gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Es folgte „anhaltender stürmischer Beifall“⁷⁴. Nach der Entrechtung der Juden und ihrer Pauperisierung begann ihre Ermordung, als Osteuropa unter nationalsozialistische Herrschaft geriet. Schon im November 1939 mußten die Juden in Polen einen ‚Judenstern‘ tragen, in Deutschland dann seit dem 1. September 1941, und mit dem sogenannten „Kommissarbefehl“ begann im Sommer 1941 die Ausrottung der osteuropäischen Juden.

In Deutschland wurden die in „Judenhäusern“ zusammengepfercht Lebenden seit Herbst 1941 nach Osten deportiert und dort durch schwere körperliche Arbeit, durch unmenschliche Lebensbedingungen, durch Erschießungen⁷⁵ oder in

68 Nachricht Dr. Steinthal, Stadtarchiv Münster.

69 *Teuber*, S. 103; vgl. Joachim Kuropka: Vorwort. In: Dr. Johannes Göken: Der Kampf um das Kreuz in der Schule, 3. Auflage Bösel 1986, S. IV.

70 Tagebuch Beier, Eintragung vom 15. 11. 1938.

71 Ermittlungsakten Staatsanwalt Münster, StAMS, Staatsanwalt Münster, Nr. 170.

72 Bericht Dr. Steinthal.

73 Oldenburgische Volkszeitung vom 21. 11. 1938; der Text der Anzeigen lautete: „Die Behauptung im Stürmerkasten, daß ich beim Juden gekauft habe, ist falsch.“ Eine andere Anzeige: „Richtigstellung! Daß ich bei der jüdischen Fa. Bloch gekauft habe, ist unrichtig!“

74 Zitiert nach Ernst Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart ³1986, S. 72.

75 Vgl. den Bericht des Münsteraners Siegfried Weinberg vom 8. 10. 1944 über seine Deportation, z. T. gedruckt in Helmut Krausnick / Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, S. 589f.;

den Gaskammern ums Leben gebracht. Weder den Betroffenen selbst, noch der Bevölkerung blieb völlig verborgen, um was es bei den Deportierten eigentlich ging. „Anfang Dezember wird wiederum ein Transport von 1000 Juden nach Minsk vor sich gehen, was in den getroffenen Kreisen eine wahre Panikstimmung hervorgerufen hat“, schrieb der schweizerische Konsul am 21. November 1941 aus Köln und fuhr dann fort, „sind doch alle Juden davon überzeugt, daß sie ihrem Ende entgegengehen“.⁷⁶

Was im Osten geschah, sickerte dann trotz aller Geheimhaltung doch in etwa durch. Das war schon durch den Umfang der Aktion bedingt. So erzählten auf Urlaub heimkehrende Soldaten manches, was sie zufällig gesehen hatten, ohne immer Glauben zu finden. Ein Schweizer Bürger – als Zivilangestellter tätig – war, wie er dem Konsul in Köln berichtete – „in Dünaburg zeitweiliger – er konnte das Schauspiel nicht länger ertragen – Augenzeuge, wie 4 500 Juden (Männer, Frauen und kleine Kinder)“ durch Genickschuß ermordet wurden.⁷⁷ Ein Deutscher, der aus der Gegend von Leningrad über Warschau gefahren war, sah Dinge, die „so fürchterlich“ waren, daß er seiner Frau nicht alles erzählen mochte. Der Schweizer Konsul „wollte diesen Angaben zuerst selbstverständlich keinen Glauben schenken“ und bekam sie dann von einem Industriellen bestätigt, der die Ghettos von Lodz und Minsk gesehen hatte.⁷⁸

Nur wenige reagierten wie ein Regimentskommandeur der Wehrmacht im Osten, der Freiwillige, die sich für die Erschießung von Juden gemeldet hatten, in eine andere Einheit versetzen ließ mit der ausdrücklichen Begründung, er wünsche nicht „Mörder“ in den Reihen seines Regiments zu haben.⁷⁹ Während Informationen über die unmenschliche Behandlung durchsickerten, gibt es keine Belege für allgemeine Kenntnisse über die Existenz der Vernichtungslager.⁸⁰ Die Geheimhaltung hatte gute Gründe, denn trotz aller Antisemitismus-Propaganda hatte der überwiegende Teil der Deutschen für die Deportation kein Verständnis und lehnte die seit Kriegsbeginn einsetzende Verschärfung der Maßnahmen gegen die Juden ab.⁸¹

vollständig wiedergegeben von Diethard *Aschhoff*: In der Hölle des Ostens. Ein junger Münsteraner Jude berichtet von seinen Erlebnissen in lettischen Konzentrations- und Arbeitslagern 1941-1944. In: Helmut *Labrkamp* (Hrsg.): Beiträge zur neueren Stadtgeschichte (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster NF Bd. 12), Münster 1987, S. 320f.

76 An Abteilung für Auswärtiges in Bern vom 21. 11. 1941, SBA Bern, EPD, 2300 Köln, Nr. 5.

77 Konsulat an Gesandtschaft in Berlin vom 19. 11. 1941, ebd.

78 Konsul Köln an Gesandtschaft vom 8. 12. 1941, ebd.

79 Bericht des Militärattachés der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin vom 22. 7. 1943, SBA Bern, 2300 Berlin, Nr. 44.

80 Hans *Mommsen*: Was haben die Deutschen vom Völkermord gewußt? In: Walter H. *Peble* (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 185.

81 Z. B. Schweizerische Gesandtschaft an Abteilung für Auswärtiges vom 19. 8. 1941, 2300 Köln, Nr. 5.

Die immer wieder gestellte Frage, warum niemand protestiert hat,⁸² verkennt einigermaßen die konkreten Lebensumstände unter einer totalitären Diktatur. Die Kirchen legten Protest ein – aber nur, als es um die sogenannten ‚nichtarischen‘ Christen ging. Man mag dafür Verständnis aufbringen oder nicht, immerhin gibt es Erklärungsansätze. Das Christentum war unlösbar mit dem Judentum verbunden, und alle Versuche während des Weltanschauungskampfes der ersten Jahre des Dritten Reiches, diese Verbindung zu lockern, waren erfolglos geblieben. Im „Stürmer“ und im „Schwarzen Korps“ wurden die Christen mit Juden und Kommunisten als Staatsfeinde angeprangert. Die SA sang „Hängt die Juden, stellt die Schwarzen an die Wand“⁸³ oder „. . . daß der Deutschen Art verjudet weiter durch das Christentum: Juden raus, Papst hinaus aus dem deutschen Vaterhaus“⁸⁴ oder „Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt, die schwarze Lügenbande wühlt weiter unentwegt“ mit der Aufforderung „Haut das schwarze Lumpenpack zu Brei.“⁸⁵ Ausländische Beobachter fragten sich schon 1935, ob nicht „Katholikenpogrome“ bevorstünden⁸⁶, und nach dem 9. November 1938 stellte sich für manche diese Frage auch in Münster: „Was kommt nach den Juden? Die Kirchen?“⁸⁷ Eine Zeile weiter heißt es dann in dem eben zitierten Tagebuch: „Angst ist überhaupt das bestimmende Agens für den Bürger.“

Trotz aller Angst kam es von seiten der Bevölkerung aber doch zu unliebsamen demonstrativen Gesten, als die Juden zur Deportation in den Städten zusammengetrieben wurden.

So erregte der Abtransport der Juden aus Lemgo „größeres Aufsehen“, wie die SD-Außenstelle Detmold berichtete. Eine größere Anzahl Menschen fand sich beim Sammelplatz ein, und „ein großer Teil der älteren Volksgenossen (darunter sollen sich auch Parteigenossen befunden haben)“ kritisierte „die Maßnahme des Abtransports negativ“, darunter „selbst solche Volksgenossen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit früher eine nationalsozialistische Gesinnung herausgestellt“ hatten. Man ergriff „Partei für die Interessen der Juden“. In Lemgo wie anderswo waren es die „konfessionellen Kreise“⁸⁸, bei denen die Kritik besonders verbreitet war und wo es hieß: „Wenn das deutsche Volk nur nicht eines

82 Vgl. z. B. *Mommsen*, S. 189.

83 Siehe „Katholische Kirche“, Nr. 21.

84 Abgedruckt in: Unser Kirchenblatt für die Pfarrgemeinden des Bistums Münster vom 24. 3. 1935, Bistumsarchiv Münster A 101-37.

85 Flugblatt aus Epe (Westf.) dem Generalvikariat Münster eingereicht, im Bistum Speyer besonders verbreitet, Bistumsarchiv Münster A 101-7.

86 Bericht eines Korrespondenten der Basler Nachrichten vom 11. 11. 1934, SBA Bern, EPD, 2001 (C) 4, 1931.

87 Tagebuch Beier, Eintragung vom 12. 11. 1938.

88 SD-Außenstelle Detmold an SD-Hauptaußenstelle Bielefeld v. 31. 7. 1942; Staatsarchiv Detmold D 21 A, Nr. 4852.

Tages die Strafe Gottes zu gewärtigen hat“.⁸⁹ Gestapo und SS versuchten, den Transport abzuschirmen, indem die Termine geheimgehalten wurden, das Gelände weiträumig abgesperrt wurde oder der Transport zu ungewöhnlichen Zeiten abging, in Münster z. B. um 23.00 Uhr.

Um die in anderen Regierungsbezirken gemachten Erfahrungen zu verwerthen, wurden die Modalitäten des Abtransports der münsterschen Juden am 20. November 1941 verabredet,⁹⁰ auch um andere „unerfreuliche Erscheinungen“ zu vermeiden. So hatten sich sogenannte Arier auf das Eigentum und die Wohnungen der abtransportierten Juden gestürzt, was von den Parteistellen als „unwürdig“ qualifiziert wurde.⁹¹

Am 10. Dezember 1941 begann der Leidensweg der münsterschen Juden, die nach Riga gebracht wurden. Wir sind über die Unmenschlichkeiten dieser Aktion gut unterrichtet durch den Bericht eines damals 22jährigen Münsteraners, der bis Juli 1944 überlebte und dann mit einigen lettischen Juden flüchten konnte. Sein Bericht schließt mit den Worten: „Dieses Verbrechen . . . ist die größte Kulturschande, das größte Kulturverbrechen nicht nur des 20. Jahrhunderts, sondern seit dem Bestehen der Weltgeschichte überhaupt.“⁹²

Wie war es zu dieser Kulturschande gekommen? Ich habe einige wenige Linien dieser Entwicklung nachzuzeichnen und sie durch einige konkrete Details zu belegen versucht. Dies ist keine Erklärung für die Verbrechen, sondern ein nüchterner Rückblick, ein Stück historischer Erinnerung. Sie wird uns vor anderem Unheil nicht bewahren, das die Zukunft noch enthalten mag. Der historische Rückblick kann zur humanen Bewältigung der Zukunft keine Handlungsanleitungen geben, die Geschichtswissenschaft ist eben keine praktische Wissenschaft, sooft der Blick in die Vergangenheit auch mit den beschwörenden Worten begründet wird ‚damit so etwas nie wieder geschieht‘. Historische Analyse kann aber andererseits durchaus die Entscheidungspunkte einer Entwicklung aufdecken, sie kann die Irrwege aufzeigen, die beschritten wurden, bis man bedenklich nahe am Abgrund stand, in den man in einer bestimmten Konstellation von an die Macht gekommenen Fanatikern dann um so leichter gestoßen werden konnte. Auf vier solcher Entscheidungspunkte soll im hier dargelegten Zusammenhang noch hingewiesen werden:

1. Schon in den eingangs zitierten Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus ist eine Verwirrung der Begriffe festzustellen, durch die die Wirklichkeit vernebelt

89 SD-Hauptaußenstelle Bielefeld an III B 1 v. 16. 12. 1941, Staatsarchiv Detmold, D 21 A, Nr. 4852; Bericht des Schweizer Konsulats in Köln v. 28. 10. 1941, SBA Bern, EPD, 2300 Köln, Nr. 5; Bericht Siegfried Weinberg, wie Anm. 75.

90 Protokoll der Besprechung reproduziert bei *Aschhoff*: Juden in Münster, Dokument Nr. 22.

91 Gauamt für Kommunalpolitik an Oberbürgermeister von Münster vom 1. 12. 1941, reproduziert bei *Aschhoff*: Juden in Münster, Dokument Nr. 23.

92 Bericht des Siegfried Weinberg vom 8. 10. 1944, wie Anm. 75.

und den Fanatikern ihr Treiben erleichtert wurde. Damals schon wurde zwischen *Deutschen* und *Juden* unterschieden, und es wurde unterschlagen, daß die Juden Deutsche waren. Wie es wirklich war, wird durch die Antwort eines Berliner Juden beschrieben, der nach dem Unterschied zwischen ihm und seinen Mitschülern in einem Gymnasium vor dem Ersten Weltkrieg gefragt wurde. Seine Antwort war: „Sie gingen nicht in die Kirche, und ich ging nicht in die Synagoge.“⁹³ Auf die Frage in einem Interview nach der jüdischen Kultur in Essen während der Weimarer Zeit antwortete ein Überlebender: „Es gab keine jüdische Kultur in Essen in der Weimarer Republik.“⁹⁴

Rudolf Virchow spottete schon 1880, daß die Antisemiten so täten, als wären sie „alle Ethnologen ersten Ranges“, dann aber mit der Konfessionsstatistik die Rasse feststellen wollten. Wenn im weiteren die Worte wie „Die Juden sind unser Unglück“ nicht so gemeint waren, wie sie seit 1933 praktiziert wurden, so führte doch die Sprache zu einer Disposition, die Späteres möglich machte. Bis heute läßt sich diese sprachliche Unsicherheit beobachten. In einem Ermittlungsverfahren über die Ereignisse von 1938 sprachen die Zeugen im Jahre 1948 einerseits über einen „Pochrom“ – auf gut münstersch auch mit „ch“ geschrieben –, so gebrauchten sie andererseits durchweg (auch die jüdischen Zeugen) den Begriff „Judenrevolte“ für den 9. November, als ob die Juden einen Aufstand unternommen hätten. Und selbst heute wird oft – in bester Absicht – vom „Genozid“ geredet, aber es wurde kein ‚Volk‘ ausgerottet, sondern es wurden Deutsche, Polen, Russen, Franzosen usw. jüdischer Konfession ermordet.

2. Noch schwerwiegender als der sprachliche war der verfassungsrechtliche Sündenfall. Ganz offen wurden 1893 Recht und Verfassung aus politischen Nützlichkeitsabwägungen zur Disposition gestellt und waren einige Jahre zuvor im Kulturkampf aus solchen Motiven geändert worden, als man z. B. den Jesuiten und Geistlichen die deutsche Staatsbürgerrechte nahm, so daß es fast schon harmlos klang, wenn das gleiche Vorgehen gegen die Juden gefordert wurde.

3. Grundsatztreue war dann auch nicht die Stärke der westlichen Demokratien, die selbst vom Antisemitismus infiziert waren. Ein amerikanischer Historiker hat dies an einem Beispiel erläutert. Hätte man 1914 behauptet, die Juden in Europa würden einmal ermordet, wäre damals die Antwort gewesen, „den Franzosen ist wirklich alles zuzutrauen“ (Mosse). Tatsächlich begingen Deutsche das Unvorstellbare in einer internationalen Umgebung, die zwar Menschenrechtsprinzipien deklamierte, aber in der Politik die sogenannten ‚Realitäten‘ akzeptierte und einen „praktischen Weg“⁹⁵ des Auskommens mit dem NS-Regime suchte und damit die Unterscheidung von Recht und Unrecht preisgab. So konnten später die NS-

93 Zit. nach Peter Gay: In Deutschland zu Hause. In: Arnold Paucker: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S. 35.

94 Ebd., S. 41.

95 Wie Anm. 48.

Schergen die Juden aus fast allen europäischen Ländern in ihren Machtbereich deportieren, ohne auf starken Widerstand zu stoßen mit der Ausnahme Dänemarks, wo der freiheitliche Rechtsstaat trotz der Besetzung intakt geblieben war und der „Anschlag auf die Juden zugleich als Anschlag auf... (die) Verfassungsordnung“ empfunden worden war, so daß man sich ihm mit voller Kraft entgegenstellte.⁹⁶

4. Die Vernichtung der Juden war Hitlers wichtigstes politisches Ziel. Noch in seinem politischen Testament vom 29. April 1945 verpflichtete er „die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum“. ⁹⁷ Hitler ging es also nicht nur um die Verhältnisse in Deutschland, es ging ihm um die Menschheit, die er durch die Juden vom Niedergang bedroht sah. Wer seine politischen Ziele mit der Gefahr des Untergangs der Menschheit begründet, ist für die Menschen immer gefährlich, denn er ist wegen solcher letzter Begründungen auch bereit, zum letzten Mittel zu greifen.

Wer dagegen die Menschlichkeit zum Zielpunkt seines Handelns bestimmt und den Mitmenschen menschlich behandelt, der leistet auch einen Beitrag zur Rettung der Menschheit.

⁹⁶ Jäckel, Hitlers Herrschaft, S. 137.

⁹⁷ Zit. nach Jäckel, S. 180/181.